



# PRESSEMITTEILUNG

2. Februar 2024

Die SED-Opferbeauftragte beim  
Deutschen Bundestag

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: +49 30 227-37893  
SED-Opferbeauftragte@bundestag.de

**Presseanfragen an:**

Niels.Schwiderski@bundestag.de  
Tel: 030 227 37842, 0178 3543113

## Bundesförderung für die Gedenkstätte der ehemaligen DDR-Frauenhaftanstalt Hoheneck

### Zupke: „Hoheneck wird zu einem Ort nationaler Bedeutung und damit Symbol für den Widerstand der Frauen in der DDR“

Mit dem heutigen Beschluss des Bundeshaushaltes 2024 unterstützt der Bund aus dem Etat von Kulturstaatsministerin Claudia Roth den laufenden Betrieb der "Gedenkstätte Stollberg - Frauenhaftanstalt Hoheneck".

*SED-Opferbeauftragte: "Die heutige Entscheidung des Deutschen Bundestages die Gedenkstätte Frauenhaftanstalt Hoheneck mit Bundesmitteln zu fördern, ist ein Signal an all die Frauen, die in der DDR Widerstand übten und zu Opfern eines menschenverachtenden Systems wurden. Wir vergessen euch nicht! Euer Leid ist Teil unserer gesamtdeutschen Geschichte!"*

Im November 2022 besuchten Kulturstaatsministerin Claudia Roth und die SED-Opferbeauftragte Evelyn Zupke gemeinsam mit der sächsischen Justiz- und Demokratieministerin Katja Maier, der sächsischen Bildungsministerin Barbara Klepsch und der sächsischen Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur Dr. Nancy Aris die im Aufbau befindliche Gedenkstätte. Ehemalige politische Gefangene der DDR-Frauenhaftanstalt berichteten dabei von ihren Erlebnissen.

*Evelyn Zupke: "Claudia Roth hat im Gespräch mit den Zeitzeuginnen offen von blinden Flecken der Westdeutschen beim Wissen um die SED-Diktatur gesprochen. Ihre tiefe Empathie gegenüber den ehemals inhaftierten Frauen und ihr großes Interesse an diesem Teil unserer Geschichte haben mich beeindruckt. Mit der dauerhaften Beteiligung des Bundes an den Kosten des Betriebes der Gedenkstätte schließt für mich ein Kreis."*



Zur Bedeutung der Gedenkstätte Frauenzuchthaus Hoheneck für die Opfer der SED-Diktatur und für unsere heutige Gesellschaft führt die SED-Opferbeauftragte aus:

*„In der Gedenkstätte in Hoheneck erfahren die früheren Häftlinge eine Anerkennung ihres Leides. Ihr Widerstand gegen das repressive Regime wird nicht vergessen. Wir als Gesellschaft erhalten mit der Gedenkstätte Hoheneck einen Lernort für unsere Demokratie. Gerade in der heutigen Zeit ist es wichtig, dass wir Geschichte eben nicht nur als etwas Abstraktes wahrnehmen, sondern ganz konkret auf die Menschen schauen, denen Leid zugefügt wurde. Gerade diese Perspektive kann uns dabei helfen, dass wir nicht gleichgültig sind gegenüber der Geschichte und ebenso gegenüber dem, was in unserer Gegenwart geschieht.“*

### **Hintergrund**

Schon bisher förderten die Stadt Stollberg, das Land Sachsen und der Bund die Errichtung der Gedenkstätte und den Ausbau des Burgareals gemeinsam. Baumaßnahmen im Gesamtareal beliefen sich auf über 20 Millionen Euro. Teile davon wurden über Städtebauprogramme des Bundes und aus Landesmitteln finanziert, weitere Teile hat die Stadt eigenständig getragen. Aus Projektmitteln stellten Land und Bund in den letzten Jahren gemeinsam insgesamt 1,4 Millionen für den Gedenkstättenaufbau zur Verfügung. Das Land finanziert das Interimsbüro der Gedenkstätte und stellt künftig ebenso institutionelle Mittel für den Betrieb bereit.

Die Haftanstalt Hoheneck war von 1952 bis 1989 das zentrale Frauengefängnis in der ehemaligen DDR. Rund 8000 der insgesamt ca. 30.000 weiblichen politischen Häftlinge der DDR wurden in Hoheneck inhaftiert. Diese Frauen waren vor allem wegen Republikflucht, Fluchtversuch oder Mitwisserschaft im SED-Staat verurteilt worden. Die inhaftierten Frauen waren Repression und schlimmsten Haftbedingungen ausgesetzt: Kindesentzug, Gewalttätigkeit, Willkür und psychische Folter, Isolations- und Dunkelhaft, Hunger, permanente Kälte, dauerhafte Nässe, schlimmste hygienische Bedingungen, Überbelegungen, Zwangsarbeit im Dreischichtsystem mit Verbrennungen, dabei kaum Luft zum Atmen und nicht vorhandener Arbeitsschutz. Bei der Haftzwangsarbeit produzierten die weiblichen politischen Häftlinge auch Waren, die dann in Westdeutschland von westdeutschen Firmen verkauft wurden.

Seit Jahrzehnten haben sich vor allem ehemalige weibliche Gefangene engagiert, an dem Ort ihrer Verfolgung und Inhaftierung eine Gedenkstätte zu errichten.